Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1044
04.11.2025

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (57.) und Ausschuss für Schule und Bildung (83.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

4. November 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:07 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD) (AFKJ)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Mehr Schutz- und Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche – Medialen Schutzraum an Schulen schaffen! 3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13809

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

* * *

Mehr Schutz- und Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche – Medialen Schutzraum an Schulen schaffen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13809

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Seien Sie alle herzlich willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige. Die Ausschüsse wurden mit der Einladung 18/1500 vom 28. Oktober 2025 zu dieser Sitzung eingeladen. Ich nehme an, dass alle mit der Tagesordnung einverstanden sind. – Das scheint so zu sein.

Sie wissen, dass wir im Livestream übertragen.

Der einzige Tagesordnungspunkt heute heißt „Mehr Schutz- und Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche – Medialen Schutzraum an Schulen schaffen“. Das ist ein Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachennummer 18/13809. Der Antrag wurde in der Plenarsitzung am 22. Mai 2025 zur federführenden Beratung an unseren Ausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Bildung, an den Ausschuss für Kultur und Medien und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen. In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 3. Juli haben wir beschlossen, diese Anhörung hier durchzuführen.

Mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 6. August wurden die Sachverständigen, die ich noch mal sehr herzlich begrüße – vielen Dank, dass Sie uns helfen wollen – eingeladen. Hinweisen möchte ich vorab auf die eingegangenen Stellungnahmen; vielen Dank dafür. – Gehen Sie davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen sie gelesen haben.

Herr von Kielmansegg konnte aufgrund einer Erkrankung keine Stellungnahme abgeben. Deshalb will ich ihm die Möglichkeit eröffnen, gleich zu Anfang in maximal fünf Minuten seine Inhalte zu präsentieren, damit wir auch von ihm wissen, wie seine inhaltliche Ausrichtung ist. Ich nehme an, dass niemand etwas dagegen hat. Ansonsten gibt es keine weiteren mündlichen Stellungnahmen.

Jede Fraktion stellt pro Fragerunde zwei Fragen an die Sachverständigen. Ich bitte die Sachverständigen, sich die Fragen aus den Fragerunden zu notieren und ihre Antworten auf etwa drei Minuten zu beschränken, bei mehreren Fragen an einen Sachverständigen auch etwas länger. Ich möchte Sie aber bitten, möglichst knapp zu antworten, damit wir viele Stimmen hören können.

Bevor wir in die Fragerunde einsteigen, gebe ich Herrn Kielmansegg jetzt die Möglichkeit, kurz seine Inhalte zu präsentieren. Danach beginnen wir mit den Fragen.

Matthias von Kielmansegg (Vodafone Stiftung Deutschland): Vielen Dank für diese Gelegenheit. Es tut mir außerordentlich leid, dass ich in den letzten beiden Wochen

außer Gefecht gesetzt war. – Meine Aussagen basieren insbesondere auf Studien, die wir als Vodafone Stiftung zu diesem Thema erarbeitet haben, kürzlich etwa die im September veröffentlichte Studie „Zwischen Bildschirmzeit und Selbstregulation“ mit einer Befragung von 14- bis 20-jährigen Jugendlichen zu ihren Erfahrungen in der Social-Media-Welt, aber auch auf vorhergehenden Untersuchungen, rückgekoppelt mit Erfahrungen, die wir aus unseren Schwesterstiftungen in anderen europäischen Ländern haben, und auch rückgekoppelt mit den praktischen Erfahrungen, die wir über unsere Programme in den Schulen mit den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern praktisch sammeln.

Die Daten, die wir erhoben haben, bringen eine gute und eine schlechte Botschaft mit sich – insbesondere für Sie als Landespolitik. Die gute Botschaft ist, dass die jungen Menschen die Risiken wie die Chancen im Umgang mit Social Media durchaus sehr gut kennen und erkennen. Ich nehme sie als aufgeklärt wahr, und sie wissen, was dort passieren kann. Sie wissen auch um ihre eigenen Defizite und ihre eigenen Chancen. Das ist wichtig, denn das bedeutet, dass jede Arbeit, die hier ansetzt, nicht erst anfangen muss, zu erklären, wo sie sich bewegen. Sie legen sich auch bereits Techniken der Selbstregulation zurecht, insbesondere wenn es um Lernsituationen geht, in den Schulen, bei den Hausaufgaben, beim Lernen, für Klassenarbeiten.

Jetzt kommt aber die schlechte Nachricht: Sie merken auch, dass Sie damit alleine nicht ausreichend zurechtkommen. Deswegen brauchen sie Hilfe und fragen nach Unterstützung. Sie schauen als allererstes auf die Schule im erweiterten Sinne und sehr wenig auf ihre Eltern. Die Daten weisen darauf hin, dass offensichtlich ungefähr die Hälfte der Eltern mit ihren Kindern nicht darüber reden, was die Kinder in Social Media sehen und was ihnen dort begegnet. Eltern fragen, was in der Klasse los gewesen sei, was die Kinder mit ihren Freunden machten und meinen damit die physischen Begegnungen mit Freunden.

Was die Kinder in Social Media sehen oder was ihnen dort begegnet, ist offensichtlich kein inhaltliches Thema bei den Eltern. Es wird über Regeln für Zeiten geredet und ob man vielleicht am Abendbrottisch das Handy ausmacht, aber nicht über Inhalte.

Entsprechend gering ist das Vertrauen der Kinder, dass die Eltern Unterstützung an dieser Stelle bieten können. Wir sehen, dass offensichtlich die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler im Alter von unter elf Jahren bereits über ein Smartphone verfügt und Zugang zum Internet und damit auch im Wesentlichen zu Social Media hat. Diese Zeit des Medianwertes – also der größte Teil der Jugendlichen – hat sich in den letzten vier Jahren ungefähr ein halbes Jahr nach vorne verlagert, von etwas über elf auf ungefähr zehneinhalb Jahre.

Das bedeutet de facto, dass das Problem in dem Augenblick, in dem die Schülerinnen und Schüler in die weiterführende Schule kommen, bereits voll in ihrer Lebenswelt angekommen ist. Zu diesem Zeitpunkt ist spätestens das Unterstützungs- und Hilfsangebot notwendig. Unsere Erfahrung zeigt, dass es bei diesen Diskussionen wichtig ist, zwei Teile zu trennen.

Die große Diskussion um das Handyverbot an den Schulen taugt nach unserer Erfahrung und Erkenntnis nur als ein Instrument zur Verbesserung von Lernhaltungen der Kinder, also Kompetenzen beim Lernen, die Frage von Konzentrationsfähigkeit, die Frage von Aufmerksamkeit, das Erfassen von komplexen Sachverhalten. Dafür können Handyverbote – ob man diese nun auf Schulebene oder landesweit ausspricht – eine wichtige und gute Rolle spielen.

Bei der Frage der psychologischen und emotionalen Gesundheit beim Umgang mit Social Media hilft das nicht viel weiter. Diese Welt verschwindet nicht, und die begegnet ihnen spätestens am Nachmittag. Es braucht an der Stelle also eine andere Art von Antwort.

Wir stellen fest, dass ungefähr die Hälfte der Jugendlichen von Zeit zu Zeit durchaus belastende Erlebnisse haben, ungefähr ein Viertel bis ein Drittel mit wiederholt schwer belastenden Erlebnissen, mit erkennbar größeren Belastungen bei den Mädchen, insbesondere, wenn es um Kommunikationsfragen geht.

Dieses Drittel ist, soweit man das prüfen kann, nicht mehr eindeutig an soziodemografische Familienhintergründe geknüpft. Das ist ein Phänomen, das quer durch die Gesellschaft und quer durch alle Elternhäuser auftritt. Das ist auch wichtig für die Frage, welche Interventionsmaßnahmen man ansetzt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. Das war zeitlich eine Punktlandung. – Jetzt kommen wir zur ersten Fragerunde. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ich in der ersten Runde jedem Sachverständigen die Möglichkeit gebe, zu antworten. In der zweiten Runde rufe ich nur noch die Sachverständigen auf, die gezielt angesprochen worden sind.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich möchte mit zwei Fragen starten, die erste anschließend an das, was wir von Herrn von Kielmansegg gehört haben. – Wir haben im Vorfeld einen kleinen Blick in die angesprochene Studie geworfen. Sie haben dort grafisch dargestellt, was zum Beispiel junge Menschen zum Umgang mit Social Media sagen. Über 53 % sagen, dass Social Media voll und ganz zu ihrer Unterhaltung beitrage, aber gleichzeitig sagen auch viele, dass sie das Gefühl hätten, zu viel Zeit damit zu verbringen und dass sie dort Ausgrenzung und Abwertung erlebten.

Die Gefühle nach der Social-Media-Nutzung reichen von Freude und Neugier bis hin zu Einsamkeit, Neid auf andere, Stress und Schuldgefühle. Genau diese Ambivalenz, die positiven und negativen Aspekte, die mit der medialen Nutzung einhergehen, möchte ich noch einmal hinterfragen und insbesondere die AJS und die Mediensuchtprävention dazu mit ins Boot holen. Wie können sozialpädagogische Fachkräfte aus Ihrer Sicht produktiv damit umgehen? Es war eben die Rede davon, dass die Schule der erste Anlaufpunkt ist und nicht das Elternhaus. Wie kann man mit dieser Ambivalenz praktisch umgehen?

Dann haben wir die Stellungnahme von Frau Petras sehr intensiv verfolgt, in der sie schreibt, sie begrüße ausdrücklich die Einführung klarer und landesweit einheitlicher

Regeln zur Smartphone-Nutzung an Schulen, insbesondere die Umsetzung eines handyfreien Vormittags beziehungsweise einer Abwesenheit privater Smartphones mindestens im Unterricht.

Nun ist klar, dass man diese Debatte nicht auf eine reine Verbotslogik begrenzen darf. Darum ist dieser Antrag auch deutlich weitergehend und fordert die Arbeit von Eltern, von den sozialpädagogischen Fachkräften bis hin zu Sozialarbeit, die mehr im Netz stattfinden muss, und dass Räume anders gestaltet sein müssen. Beispielsweise sollten Schulhöfe nicht nur eine Betonwüste, sondern auch anregend für Bewegungen sein.

Ich möchte der AJS, Frau Siller und Frau Petras folgende Frage stellen: Wenn man ein Konzept, wie es im Antrag beschrieben ist, implementieren möchte, wie sollte man dann aus Ihrer Sicht am besten vorgehen? Gibt es Dinge, die man schon vorher machen kann oder müsste man alles gleichzeitig auf den Weg bringen, um erfolgreich zu sein?

Charlotte Quik (CDU): Liebe Sachverständige, ich darf Ihnen seitens der CDU-Fraktion ein Dankeschön für die Stellungnahmen, die uns erreicht haben, ausrichten. – Ich möchte meine erste Frage an Frau Professorin Scheiter und Frau Petras stellen. Sie haben betont, dass Eltern eine zentrale Rolle bei der Mediennutzung ihrer Kinder spielen und diese begleiten sollten, dabei aber häufig selbst Unterstützung benötigen. Welche Ansätze haben sich aus Ihrer Sicht bewährt, um Eltern in Alltagssituationen konkret mitzunehmen? Wo sehen Sie sinnvolle Zuständigkeiten und auch Zuständigkeitsgrenzen zwischen Elternhaus, Schule und Jugendhilfe?

Meine zweite Frage möchte ich noch einmal an Frau Professorin Scheiter und an Herrn Professor Tappe richten. Es geht um eine Formulierung in dem heute zu beratenden Antrag, der vorsieht, landesweit einheitliche und kindgerechte Regeln zur Nutzung mobiler Endgeräte an Schulen festzulegen. Wir wissen, dass in der Praxis unterschiedliche schulische Bedingungen herrschen. Welchen Mehrwert könnten landesweit einheitliche Regelungen bieten? Wäre es möglicherweise pädagogisch sinnvoller, wenn Schulen im Rahmen ihrer Eigenverantwortung individuelle Lösungen entwickeln würden, wie es derzeit in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird?

Eileen Woestmann (GRÜNE): Erst einmal vielen Dank an alle Sachverständigen, die uns mit Rat und Tat zur Seite stehen. – Ich habe auch zwei Fragen. Meine erste Frage geht an Frau Siller und Herrn Pauly. Welche Ansätze gibt es, um Kindern den Umgang mit Smartphones und Social Media in der Schule näher zu bringen? Wie kann man Eltern noch stärker in die Verantwortung nehmen, und zwar nicht nur, dass sie Medienkompetenz vermitteln, sondern auch vermittelt bekommen, um nicht immer nur zu sagen, die Kinder müssten medienkompetent werden. Denn wir sehen durchaus immer wieder, dass sich Erwachsene auch nicht immer höflich im Internet verhalten.

Meine zweite Frage geht an den Kinder- und Jugendrat und an Herrn Professor Tappe. Wie können Prozesse gestaltet werden, dass Regelungen in der Schule von Kindern und Jugendlichen mitgestaltet werden, diese in ihrer Kompetenz unterstützt werden

und ihre Perspektive einbringen können, damit es ein Miteinander und kein Von-oben-herab-Gegeneinander ist?

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich darf mich zunächst im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei Ihnen, liebe Damen und Herren Sachverständige, bedanken, dass Sie heute hier sind, ob analog oder digital, und auch für die eingereichten Stellungnahmen. – Meine ersten beiden Fragen möchte ich an Frau Knabenschuh und an Herrn Dr. Brüggen richten. Zum einen betonen Sie beide, dass nachhaltiger Kinderschutz und wirksame Medienbildung vor allem durch stabile Strukturen gelingt, wie zum Beispiel Schulsozialarbeit oder auch klare Konzepte. Wie sollte Ihre Ansicht nach ein flächendeckendes Medienbildungskonzept gestaltet sein, das Schulen praxisnah unterstützt, ohne neue Bürokratie zu schaffen? Wäre es dafür nicht sinnvoller, die bestehenden Strukturen zu stärken, statt neue Landesstellen einzurichten, wie in dem Antrag gefordert?

Meine zweite Frage schließt an das Thema „Elternarbeit“ an. Sie haben beide die Bedeutung von Elternarbeit betont. Frau Knabenschuh, Sie haben zum Beispiel das Thema Elterntalk NRW in Ihrer Stellungnahme aufgeführt. Welche Schritte halten Sie beide für notwendig, damit Eltern noch stärker in die Verantwortung und Begleitung der Medienerziehung eingebunden werden, auch außerhalb der Schule? Wie könnten Landesregierungen und Kommunen sie dabei ganz konkret in ihrer Rolle als Medienvorbilder unterstützen?

Zacharias Schalley (AfD): Auch im Namen meiner Fraktion vielen Dank für die zahlreich eingebrachten Stellungnahmen. Meine erste Frage würde ich gerne an Herrn Professor Tappe und Frau Dr. Siller richten. In Schweden zum Beispiel geht man wieder weg vom digitalen Lernen hin zum analogen. Wie bewerten Sie diesen Paradigmenwechsel beziehungsweise welche Erkenntnisse haben Sie aufgrund Ihrer Fachlichkeit zum Wert des analogen Lernens im Vergleich zum digitalen?

Meine zweite Frage würde ich gerne an Frau Petras richten. Bitte führen Sie einmal aus, welche neuropsychologischen Folgen eine dauerhafte Bildschirmnutzung für Kinder hat. Gibt es, bezogen auf die Altersstruktur, dabei Unterschiede zwischen Grundschule und der weiterführenden Schule?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Sehr verehrte Sachverständige, jetzt haben wir die erste Fragerunde komplett und beginnen mit der Beantwortung.

Gerhard Zorn (Landschaftsverband Rheinland): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier zu sprechen. – Im Hinblick auf landesweite Regelungen möchte ich kurz den Scheinwerfer auf die Förderschulen richten. Das Land hat mit den Mitteln des Digitalpakts bzw. mit ESF-Mitteln dafür gesorgt, dass wir in den Förderschulen eine 1-zu-1-Ausstattung für die Schülerinnen und Schüler haben. Das heißt, wir haben bei der Umsetzung des Digitalpakts dafür sorgen können, dass jede Schülerin, jeder Schüler in den Förderschulen ein iPad hat.

Das ist im Hinblick auf Teilhabe auch erforderlich, weil wir dort taube Schülerinnen und Schüler haben, die den Avatar nutzen können. Wir haben sehbehinderte Schülerinnen und Schüler, die eine Ausstattung für ihre Bedürfnisse brauchen etc. Deswegen muss man bei landesweiten Regelungen diesen Aspekt berücksichtigen.

Für mich ist auch die Frage, was man mit den Endgeräten macht. Denn das ist im Bereich der Förderschulen von einer größeren Bedeutung. Deswegen haben wir mit Lehrerinnen und Lehrern der Förderschulen beim Landschaftsverband Rheinland in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Medien und Bildung ein Projekt gestartet, um inhaltliche Vorgaben zu machen.

Da geht es zum Beispiel darum, was ich mit den digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler im Förderschwerpunkt „körperlich motorische Entwicklung“, stark körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler, eigentlich machen kann. Das Projekt kommt dieses Jahr zum Abschluss.

Ich plädiere bei landesweiten Regelungen für die Förderschulen dafür, die Möglichkeit zu belassen, dass die Förderschulen weiterhin Regelungen für sich und innerhalb der Förderschule auch behinderungsspezifisch individuelle Regelungen für jedes einzelne Kind treffen können.

Marlies Silies (Landschaftsverband Westfalen-Lippe): Ich möchte noch an einer Stelle ergänzen. Auch in den anderen Aufgabenbereichen der Landschaftsverbände, speziell der Landesjugendämter, sehen wir uns mit dem Thema „Medien und Kinder und Jugendliche“ konfrontiert. Dort sehen wir Herausforderungen insbesondere bei der Medienbildung, insbesondere auch mit dem Blick auf die Abwägung von Chancen und Risiken.

Wir sehen gerade für die Fachberatung und die Fachkräfte in den verschiedenen Aufgabenbereichen viele Möglichkeiten und Potenziale, unterstützend und begleitend tätig zu sein. Das betrifft einmal die Unterstützung und Information von Eltern, die wiederum ihre Kinder je nach Alter entsprechend unterstützen und begleiten können. Das betrifft aber auch die Kinder selbst, die Unterstützung brauchen und die befähigt werden sollten, resilient mit Medien und deren Chancen und Risiken umzugehen.

Orion Raunig (Kinder- und Jugendrat NRW): Erst einmal vielen Dank für die Möglichkeit, dass wir hier Stellung nehmen können. – Wir haben uns den Antrag durchgelesen und mit unseren Mitgliedern darüber gesprochen, was die aktuelle Position ist und wie es in den Schulen aktuell aussieht. Ich glaube, die wichtigste Position in dieser Debatte ist, dass wir nichts von Verboten halten. Das ist wenig überraschend an dieser Stelle.

Anders formuliert: Jedes Mal, wenn über Verbote diskutiert wird, ist das eine Diskussion über die Köpfe von jungen Menschen hinweg. Jedes Mal, wenn hier über Verbote diskutiert wird, ist das eine Kapitulation unseres Bildungssystems vor den Herausforderungen, die dieses Jahrhundert mit sich bringt. Das finde ich ziemlich schade, weil es sehr viel schönere Möglichkeiten gäbe, das Thema zu behandeln und die Mediennutzung

in Schulen vernünftig einzuordnen. Dafür muss man mit Kindern und Jugendlichen sprechen.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Dieser Prozess kann gut gelingen, allerdings gibt es keine pauschale Antwort, wie man Kinder und Jugendliche vernünftig an dieser Debatte beteiligen kann. Das wird in jeder Schule vermutlich anders geregelt werden müssen.

Das Wichtigste ist, dass wir Selbstwirksamkeit schaffen müssen und dass wir ergebnisoffen in die Debatten gehen. Wenn wir junge Menschen beteiligen wollen, müssen wir ihnen auch zeigen, dass wir die Ergebnisse dieser Debatten anerkennen und nicht mit vorgefertigten Lösungsvorschlägen in diese Debatten hineingehen. Ansonsten bleibt bei den Kindern und Jugendlichen hängen, dass sie zwar gefragt wurden, ihre Meinung aber letztlich doch nicht so relevant sei.

Umso wichtiger ist es, diese Debatten tatsächlich zu führen, und zwar in Formaten, die für verschiedene Altersklassen angemessen sind. Man muss sowohl mit Schülerinnen und Schülern der fünften Klassen sprechen, als auch mit Schülerinnen und Schülern der zehnten Klassen. Denn für beide Zielgruppen müsste man unterschiedliche Regeln finden müssen, und mit beiden Zielgruppen müsste man vorher sprechen, um entsprechende Regelungen finden zu können.

Silke Knabenschuh (Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. – Ich bin Fachreferentin bei der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz im Bereich „Jugendmedienschutz und Prävention sexualisierter Gewalt“.

Wir sehen unsere Aufgabe hauptsächlich darin, pädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe zu stärken und ihnen Instrumente an die Hand zu geben, um im pädagogischen Alltag mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Es geht uns vor allen Dingen darum, ihnen ein Verständnis für die kindliche Perspektive mitzugeben und ihnen zu vermitteln, dass man die Mediennutzung aus der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegdenken kann. Gespräche über Verbote werden uns also nicht nachhaltig weiterbringen. Stattdessen ist es sehr wichtig, die kindliche und jugendliche Perspektive einzubeziehen.

Wenn es beispielsweise um Gewaltprävention geht, treiben wir voran, dass strukturelle Maßnahmen in Organisationen verankert werden, wie beispielsweise Schutzkonzepte zur Prävention von sexualisierter Gewalt. Diese Schutzkonzepte bringen den Kinderschutz in der Organisation nach vorne, aber nicht nur den Kinderschutz, sondern auch das Sprechen über Kinderrechte. Das sollte unserer Meinung nach schon ganz früh, auch schon in der Grundschule, beginnen. Das heißt auch, dass wir dort den digitalen Raum mit in den Blick nehmen müssen, dass wir über Lebensrealitäten im Alltag ins Gespräch kommen, in denen Mediennutzung einfach dazugehört.

Die Schutzkonzepte bestehen aus verschiedenen Bausteinen, angefangen mit einer Risiko- und Potenzialanalyse, in die auch Kinderbefragungen gehören. Wir gehen Stück für Stück vor, um den Kinderschutz nachhaltig in einer Organisation zu implementieren.

Dabei gibt es auch Überschneidungen zu den Medienkonzepten, sodass wir an bestehenden Strukturen ansetzen können und nicht additiv etwas neu aufsetzen müssen.

Andreas Pauly (Mediensuchtprävention NRW): Vielen Dank, dass ich eingeladen wurde, hier als Experte zu sprechen. Ich bin Geschäftsführer von Mediensuchtprävention; unseren Verein gibt es erst seit 2023. Die Säulen unserer Arbeit sind einerseits Wissensvermittlungen – auf das Thema Mediensucht hinweisen und Fortbildungen, in denen wir Lehrer und Lehrerinnen oder Multiplikatoren schulen. Andererseits versuchen wir, neue Projekte und Pilotansätze zu machen.

Zu den Fragen: Die Ambivalenz von positiven und negativen Dingen ist spannend bei dem Thema. Wir wollen nicht leugnen, dass es Spaß macht, Computerspiele oder Social Media zu nutzen, und dass das zur Lebenswelt von Jugendlichen dazugehört. Auf der anderen Seite sagen Drogenaffinitätsstudie der BZgA bzw. die DAK, dass mittlerweile 8 bis 11 % bzw. 25 % einen Leidensdruck durch deren Nutzung empfinden. Von daher geht es auch darum zu überlegen, wie man auf dieser Seite präventiv tätig werden kann.

Dabei geht es nicht nur um Medienbildung. Bei uns in der Suchtprävention geht es noch einmal einen Schritt weiter. Kinder und Jugendliche müssen Resilienzen erlernen, die sie schützen. An dieser Stelle dockt auch das Thema „Elternarbeit“ an, da Kinder und Jugendliche nicht immer alles alleine entscheiden können. Gerade in der Kita oder in der Grundschule sind es nicht die Kinder, die entscheiden müssen, sondern die Eltern. Das heißt, wir müssen die Eltern befähigen, einerseits die Jugendkultur zu kennen und zu verstehen, dass Jugendliche Social Media nutzen wollen. Auf der anderen Seite müssen Eltern dazu befähigt werden, klare Strukturen vorzuleben, Vorbild zu sein, aber auch einen Rahmen zu setzen, damit Kinder und Jugendliche Social Media weniger nutzen oder mit den Inhalten umgehen können.

Das Zweite sind die Ansätze, die wir in der Mediensuchtprävention fahren. Dabei geht es darum, bei jüngeren Kindern klare Strukturen zu bilden. Das machen wir in Fortbildungen in Kitas, aber auch in der Grundschule mit dem „smart kiddies“-Projekt. Das ist ein Projekt, was wir über das MAGS als Pilotprojekt 2020 mit der Fachstelle in Bonn geschaffen haben und das wir als Verein weiterführen. Wir schulen Grundschullehrer*innen und Multiplikatoren, aber schauen auch immer, welchen Mehrwert es hat, wenn ein Kind Medien nutzt.

Bei älteren Kindern geht es auch darum, medienkreative Arbeit zu leisten: das Selbstverständnis, dass man mit Medien auch sinnvolle Sachen machen kann. Man kann das Handy nicht nur zum Daddeln nutzen, sondern damit auch Filme drehen oder Podcasts machen.

Zweitens müssen die Jugendlichen auch Alternativen für Freizeitverhalten finden. Gestern im Berufskolleg haben mir viele Jugendliche gesagt, sie hätten gar nicht darüber nachgedacht, in die Natur zu gehen, schwimmen zu gehen oder Ähnliches. Die Jugendlichen sind manchmal gar nicht in der Lage dazu, das umzusetzen.

Die Eltern in dieser Thematik zu befähigen, ist für mich ein wichtiger Ansatz. Eltern müssen unterstützt werden, Regelungen zu finden. Es gibt den Mediennutzungsvertrag von der Landesanstalt für Medien. Aber manche Eltern erzählen uns auch, dass der Jugendliche den Vertrag zerrissen habe und sie dann nichts mehr haben tun können. Ich habe dann gesagt, es müsse eine Konsequenz haben, wenn die Regel gebrochen werde. – Aber wissen Sie, was dann bei mir los ist?

Eltern sind manchmal überfordert, diesen pubertierenden Jugendlichen Einhalt zu gebieten. Deswegen muss man frühzeitig Kinder und Jugendliche ernst nehmen, auf der anderen Seite müssen die Eltern aber auch klare Grenzen setzen. Wir machen dazu Online-Elternabende, aber für uns wäre es auch wichtig, in den Familien tätig zu werden, die in solch prekären Situationen sind. Wir haben jetzt zum ersten Mal eine Fachfortbildung für den Bereich ambulante Familienhilfe angeboten – und wir werden überrannt. Die Fortbildung im Dezember ist schon ausgebucht.

Es wäre wichtig, Instrumente für Menschen, die in der Familienhilfe arbeiten zu stärken. Denn oft ist es so, dass zum herkömmlichen Elternabend nur die Eltern kommen, die schon alles richtig machen. Deswegen wäre es gut, neue Instrumente zu entwickeln, um auch die Eltern abzuholen, die nicht zu den herkömmlichen Elternabenden kommen.

Zum Thema „Handyverbot“ oder ob es passt, Handys ab 16 oder Social Media ab 14 Jahren freizugeben: Eltern müssen lernen, ihren Kindern Einschränkungen mitzugeben. Wenn ein 16-Jähriger plötzlich vollen Handyzugang bekommt, ist das auch schwierig für die Eltern. Es müsste peu à peu gehen, damit auch die Eltern das lernen.

Prof. Dr. Eik-Henning Tappe (GMK – Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur): Vielen Dank für die Einladung. – Landeseinheitliche Regelung zu Smartphone-Verboten oder eher pädagogisch begründete individuelle Lösungen: Ich befürchte, wenn wir einheitliche Regelungen schaffen, läuft es darauf hinaus, dass wir eher die restriktive Schiene fahren werden und Schulsysteme, die individuellere Lösungen benötigen, außen vor gelassen werden.

Aber nicht nur im Förderschulbereich haben wir die Möglichkeit, individueller zu fördern, sondern im gesamten Schulsystem. Von daher bin ich eher dafür, je nach Schule einen Lösungsansatz zu finden, der pädagogisch begründet ist. Die Schulen müssen dazu selbstverpflichtet werden, dies einzuführen und dies in einem Medienkonzept festzuhalten, das evaluiert werden muss. Das bedeutet aber auch, dass nicht nur die Lehrerschaft oder die Schule an sich darauf blicken, sondern dass Schülerinnen und Schüler und auch Eltern aktiv eingebunden werden.

Dabei geht es auch um folgende Fragen: Wie wollen wir gemeinschaftlich unser Schulleben auch mit digitalen Medien, auch mit privaten Geräten gestalten? Was geht bei uns im System? Was geht nicht? Wer hat Bedarf? Wer muss gefördert werden in der Hinsicht? Wie wollen wir gemeinsam im Schulsystem leben? – Das funktioniert am besten durch Partizipation auf Augenhöhe und nicht durch Angst und nicht durch Elternabende, zu denen Expertinnen und Experten eingeladen werden, die Ängste

schüren, was alles Schlimmes schon passiert ist. Dann verliert man schon wieder diese individuellen Fördermöglichkeiten.

Daran anschließend zur Frage, wie Prozesse gestaltet werden können, die Schülerinnen und Schüler in die Regulierung im Schulsystem einbinden: Erst einmal muss man sie in ihren Medienkulturen ernst nehmen. Man muss ernst nehmen, was sie dort tun, denn das hat eine Bedeutung für sie. Medienkulturen zum Beispiel beim Gaming oder in Social Media sind nicht nur reiner Spaß, sondern gehen häufig mit Entwicklungsprozessen einher, mit Sozialisationsprozessen, mit identitätsstiftenden Elementen.

Es gibt zum Beispiel Jugendliche, die in ihren direkten soziokulturellen Umfeld Sachen nicht ausleben dürfen, aber vielleicht über Social Media eine Guideline finden, Rollenbilder, in denen eine gelingende Lebensgestaltung vorgelebt wird.

Es gibt auch die großen Herausforderungen, die wir zur Genüge kennen. Deswegen muss man diese Dinge berücksichtigen und auch im Unterricht einbringen: Wie kann die Lebenswelt ernst genommen werden? Wie kann hinterfragt werden, was mir da entgegenströmt oder was mir passiert? Wie kann ich das kritisch entlarven? Und wie kann ich auch geschützt werden? – Diese Einbindung ist ganz wichtig.

Konzepte wie ein handyfreier Vormittag oder Digital Detox klingen erst einmal nach Fürsorge. Aber es besteht die Gefahr, dass, wenn wir solche Begriffe benutzen, wir eher die Lebenspraxis junger Menschen entwerten, weil digitale Medien erst einmal per se als gefährlich gerahmt werden, ohne dass wir auf die Inhalte und die Mechanismen, die dahinterstecken, schauen.

Das Gleiche gilt für die Social-Media-Debatte: Wir reden über Social Media ab 16 Jahren, definieren aber gar nicht, was wir eigentlich meinen. Was ist Social Media? – Wir haben keine einheitliche Definition dafür. Wir meinen die Mechanismen, die zum Beispiel auf TikTok ablaufen, die Algorithmen dahinter. Das betrifft aber nicht Social Media an sich. Social Media ist das Übermedium. Das heißt, wir müssen genauer hinschauen, genauer differenzieren und nicht per se vorab entwerten und Gegenangebote machen, die darauf abzielen, jemanden davon fernzuhalten, obwohl wir gar nicht wissen, worüber wir eigentlich reden.

Zur „berühmten“ Schweden-Studie: Ich rate jedem, dort einmal hineinzuschauen und nicht nur die Pressemitteilung zu lesen, und zu schauen, aus welchen Bestandteilen sich diese Studien – es sind mehrere Studien – zusammensetzen. Die Studien liefen nicht einheitlich – es gibt Versatzstücke aus verschiedenen Studieninhalten – über einen Zeitraum von zehn Jahren. Vor zehn Jahren sah die Medienwelt noch anders aus. Unter anderem haben in den Studien Studierende, die einen Laptop in eine Vorlesung mitgebracht hatten, schlechter abgeschnitten, und daraus schließt man dann auf den Unterricht in der Schule. Das muss man sich wirklich einmal angucken.

Die Kernerkenntnis, die wir daraus ziehen müssen, ist, dass es nicht direkt um das Medium geht, sondern um Didaktik: Wie wird ein gewisses Medium eingesetzt, um die Unterrichtsziele zu erreichen? – Diesbezüglich ist kein Medium per se schlechter oder besser. Stattdessen muss man auf den Einsatzbereich gucken: Ein klassisches Tafelbild kann sehr lernwirksam sein. Es kann aber auch sehr lernwirksam sein, im Unterricht

eine bestimmte App auf dem Tablet gemeinsam zu machen. Ich muss mir dazu vorher Gedanken machen, und ich brauche auch nicht zu sagen, dass wir alle nur noch auf Tablets schreiben, weil das modern ist.

Wir wissen, dass man durch Handschreibung vertiefender lernt, auch auf Papier. Dazu gibt es zahlreiche Studien in der Schreibforschung. Das bedeutet aber nicht, dass digitale Medien keinen Lernzuwachs ermöglichen. Sie können zum Beispiel andere Formen des Lernens begünstigen, wie etwa kollaboratives Lernen.

Deswegen sollte man immer darauf schauen, was das didaktische Ziel ist und welches Medium dafür geeignet ist. Dafür ist es wichtig, dass wir Medienbildung, Mediendidaktik als Pflichtaufgabe in jeder Ausbildungsform im pädagogischen Feld integrieren und nicht, wie wir das in NRW haben, als Flickenteppich organisieren: Mal macht man Mediendidaktik im Lernstudium, mal nicht; je nach Universität ist das anders.

Prof.'in Dr. Katharina Scheiter (Universität Potsdam *[per Video zugeschaltet]***):** Vielen Dank für die Einladung hier in diese Runde. – Ich würde gerne zu einigen Fragen Stellung nehmen. An mich direkt gerichtet war die Frage nach der zentralen Rolle der Eltern und die Frage, wie Eltern stärker eingebunden werden können. Das impliziert auch die Fragen, wann Geräte bereitgestellt werden und wie man Eltern in dieser Debatte unterstützen kann, ab wann sie ihren Kindern zum Beispiel Smartphones geben.

Eltern sind mit ihrem eigenen Mediennutzungsverhalten wesentliche Rollenvorbilder und erwarten häufig von ihren Kindern und Jugendlichen ein angemesseneres Verhalten, als sie selber an den Tag legen, wenn sie beispielsweise das Handy nicht aus der Hand legen, wenn man sich gemeinsam unterhält oder am Abendbrottisch sitzt.

Wir haben das Problem, dass man mit vielen Maßnahmen nur diejenigen Eltern erreicht, die sowieso schon ein Auge auf die Mediennutzung ihrer Kinder und Jugendlichen haben und die sich für das Thema interessieren. Das heißt, wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir vor allen Dingen diejenigen erreichen, die nicht genug hinschauen, was ihre Kinder und Jugendlichen machen.

Wir wissen aus der KIM-Studie bei, dass lediglich 50 % der Eltern der 6- bis 13-Jährigen wissen, wie lange ihre Kinder im Netz unterwegs sind und welche Inhalte sie rezipieren. Das heißt, wir brauchen eine viel höhere Verantwortungsübernahme und ein größeres Interesse an der Lebenswelt der Kinder. Aus meiner Sicht lässt sich das nur über die Schule anschieben, weil wir über freiwillige Maßnahmen und pädagogische Angebote nur diejenigen erreichen, die sich sowieso schon kümmern, und das ist ein Problem.

Die andere Frage war zum Mehrwert landeseinheitlicher Regelungen. – Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass es für Lehrkräfte und Schulleitungen einen klaren gesetzlichen Rahmen gibt, in dem sie sich bewegen dürfen, sodass sie wissen, ob und für wie lange sie beispielsweise Handys wegnehmen dürfen, wenn gegen Regeln verstoßen wurde, und was ihre rechtlichen Möglichkeiten sind.

Ich möchte mich aber auch eher für die Autonomie der Schulen aussprechen, weil ich glaube, dass diese Debatte um Regulation der Handynutzung ein wesentlicher Anlass

für Medienerziehung darstellt, der verloren geht, wenn wir von vornherein ein gesetzlich vorgegebenes Verbot haben. Das führt auch zu einer Art Scheinpartizipation: Wir binden die Jugendlichen in eine Debatte ein, sagen ihnen dann aber, eigentlich ist alles gesetzlich geregelt. Zudem haben wir Unterschiede zwischen den Schulen, die stärker berücksichtigt werden müssen.

Zur Ambivalenz der Wirkungen der Mediennutzung: Ich glaube, wir müssen uns stärker fragen, ob diese Ambivalenz wirklich innerhalb einer Person gegeben ist oder ob wir nicht vielmehr große Unterschiede zwischen Personen haben, die unterschiedlich auf Mediennutzung reagieren. – Das heißt, haben wir es mit einer bestimmten Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu tun, die besonders vulnerabel oder anfällig ist, müssen wir aus meiner Sicht viel mehr investieren. Das kommt teilweise auch bei der Vodafone-Studie heraus, und es gibt auch andere Studien, die das zeigen.

Wir brauchen ein viel höheres Wissen darüber, wer diese Kinder und Jugendlichen sind, die zu einem negativen Mediennutzungsverhalten neigen und die auch negative Wirkungen zeigen. Denn wir müssen immer im Kopf haben – wir haben eben auch über das Thema „Mediensucht“ gesprochen: Selbst wenn dies 8 bis 10 bzw. bis zu 20 % der Kinder und Jugendlichen betrifft, regeln wir für 80 bis 90 % der Jugendlichen die Mediennutzung überscharf ab, weil es eine relativ kleine Gruppe gibt, die ein problematisches Mediennutzungsverhalten zeigt.

Ganz kurz zur Karolinska-Studie und zum Verhalten in Schweden: Die Schweden waren bereits auf einem ganz anderen Niveau, als Deutschland auch nur ansatzweise ist. Von dort aus sind sie einen Schritt zurückgegangen. Sie haben, glaube ich, einen Fehler beim Einsatz von digitalen Medien im Unterricht gemacht, nämlich digitale Medien flächendeckend ohne kritische Reflexion der pädagogischen Ziele eingesetzt. Sie haben Unterricht digitalisiert, ungeachtet von Lernzielen, und beispielsweise Texte eingesetzt, die von den Kindern und Jugendlichen im Leseerwerb eingesetzt werden konnten. Die Kinder mussten sozusagen nicht mehr selber lesen, um die Texte nachvollziehen zu können, und dann hat man sich gewundert, warum die Kinder nicht mehr lesen lernen.

Hier brauchen wir einfach bessere pädagogische Ansätze, aber ich sehe aus der Karolinska-Studie keine Konsequenzen für Deutschland, auch wegen der schlechten Studienlage, die der Kollege schon angesprochen hat.

Ira-Katharina Petras (Uniklinik RWTH Aachen): Vielen Dank, dass ich eingeladen wurde. – Ich habe diverse Fragen gestellt bekommen und gerade ganz viele Ideen zu den Voraussprechenden entwickelt. Es ging unter anderem um mein Statement, dass ich landesweite Regelungen in einer Einheitlichkeit zumindest für den Vormittagsbereich begrüßen würde.

Ich leite bei uns die AG Digitale Medizin, habe aber auch im stationären Rahmen mit Patient*innen zu tun. Ich habe eine Digitalkompetenzgruppe für 8- bis 12-Jährige, für 13- bis 18-Jährige und eine Fachkräfteschulung, die bei uns und in anderen Kliniken umgesetzt wird, auch um das Thema „Partizipation“ aufzugreifen.

Die Frage war, wie man Partizipation am besten umsetzen kann. – Ich fände es wunderbar, wenn man dafür ein Schulfach etablieren würde und schaut, welche Kompetenzen die Kinder später brauchen können.

Man braucht nicht nur Digitalkompetenz, sondern grundlegende Fähigkeiten, um mit allem, was in der digitalen Welt und auch offline passiert, umgehen zu können. Dann sind wir bei den Fähigkeiten zu sozialer Kompetenz, zur Emotionsregulation, Selbstwertstärkung, Selbstwirksamkeit. Das sind die Faktoren, die wir psychotherapeutisch bei vielen Störungsbildern übergreifend integrieren, um einen positiven Effekt auf die Entwicklung, auf die Gesundheit zu bekommen.

Ich weiß von vielen Kolleg*innen aus meinem Bereich, dass wir uns sehr wünschen und freuen würden, wenn man diese grundlegenden Faktoren, von denen man weiß, dass sie in so vielen psychischen Störungsbereichen protektiv wirken, schon früher fördern könnte, damit man auch einen protektiven Faktor berücksichtigt neben der Digitalkompetenz.

In so einem Fach könnte man viele präventive Angebote verorten. Kinder und Jugendliche könnten dort auch üben, wie man sich online bewegt, Stichwort asynchrone Kommunikation. Jeder von uns könnte sich fragen, wie er auf ein „Okay“ als Antwort in einem Messengerdienst reagiert. Das kann sehr unterschiedlich interpretiert werden, und das muss ich wissen, das muss ich lernen, das muss ich verstehen. Dies wäre in einem Schulfach gut angesiedelt; die Frage ist nur: Wer macht das?

Ist es realistisch, dass wir das in den Schulen umsetzen können? Ist die Personaldecke groß genug, sind die Ressourcen dafür vorhanden? Braucht es eine Stärkung oder einen Ausbau der Schulsozialarbeit, die schon mit sehr vielen anderen Themen zu tun hat? – Ich glaube, es bräuchte eine Erweiterung in diesen Bereichen, um die Aufgabe gut im schulischen Rahmen verorten zu können.

Zudem bräuchte es eine Handlungssicherheit, die durch landesweite Vorgaben durchaus entstehen würde. Ich kenne viele Schulen, die diese Diskussionen haben und jedes Jahr neu aushandeln müssen und die nicht wissen, wie das umgesetzt werden soll, weil es schwer ist, im Kollegium einheitliche Umsetzungskontinuitäten zu erzeugen. Denn auch dort muss es einen einheitlichen Umgang und eine einheitliche Haltung aufseiten des gesamten pädagogischen Personals innerhalb der Schule geben. Wenn sich dort entsprechend verhalten wird, kann das durchaus eine Vorbildwirkung haben.

Zur Rolle der Eltern, welche Ansätze sich bewährt haben, zur Differenzierung zwischen Eltern, Schulen und der Jugendhilfe und wie man Eltern erreicht: Ich finde aktuell die Veranstaltung „Kompetent im Netz – sicher, kritisch und bewusst“ sehr hilfreich. Dabei geht es auch darum, Online-Elternabende, die über die Schuljahre hinweg angeboten werden, zu verstetigen. Es ist meine Erfahrung, dass online mehr Eltern erscheinen als in Präsenz. Ich war auch auf Elternabenden, bei denen sehr viele Eltern anwesend waren, weil sich Schulleiter explizit dafür eingesetzt haben und E-Mails an die Eltern geschickt haben, um möglichst viel Teilnahme zu erzeugen. Trotzdem ist das analog schwieriger.

Ich biete bei uns eine Mediensprechstunde an. Daran dürfen leider nur diejenigen teilnehmen, bei denen auch eine psychiatrische Diagnose im Hintergrund steht. Die Internetnutzungsstörung steht dort nicht im Vordergrund, und ich würde mir wünschen, vielleicht auch präventiv agieren zu können, und nicht nur, wenn es schon pathologisch ist.

Gleichzeitig brauchen wir mehrsprachige Angebote. Da gibt es schon einiges, aber ich glaube, das könnte man durchaus noch ausbauen, auch im Bereich von leichter Sprache.

Wie könnte man Eltern sonst noch erreichen? – Wir müssen auch bei den Erwachsenen auf die Nutzung schauen. Wenn man sieht, was im beruflichen Kontext an Online-Fortbildungen vorgegeben wird, in Bezug auf Arbeitssicherheit, Datenschutz etc., wäre vielleicht – man muss es nicht unbedingt Medienkompetenz nennen – eine verpflichtende Handhabung oder eine Schulung sinnvoll, um auch alle zu erreichen. Das wäre während der Arbeitszeit vielleicht einfacher umzusetzen, als wenn man irgendwelche externen Veranstaltungen besuchen muss.

Zu den neuropsychologischen Folgen durch die Bildschirmnutzung: Ich bin keine Neuropsychologin; ich forsche auch nicht neuropsychologisch. Dementsprechend kann ich nur auf das zurückgreifen, was ich aus Studien kenne. Es gibt aktuell zu wenig Forschung, weder Langzeitstudien noch Anderes. Man kann Quervergleiche ziehen, aber Studien dazu wären oft unethisch: Ich kann nicht eine Gruppe lange Zeit vor einen Bildschirm setzen, die andere nicht und hinterher gucken, welcher Gruppe es besser geht. Das ist nicht vertretbar.

Es gibt Studien, in denen man mit Tieren experimentiert und versucht, etwas Ähnliches zu reproduzieren. Mäuse etwa haben im Anschluss ein aufgewühltes Explorationsverhalten gezeigt, im Gegensatz zu dem Raum-Erkundungsverhalten einer normalen Maus. Man könnte sagen, die seien nach extremer Mediennutzung wesentlich aktiver und nicht mehr so koordiniert in ihrem Verhalten.

Bezogen auf die Schule oder die Gehirnentwicklung in jüngeren Jahren kann man sagen, dass Smartphones invasiv sind und dafür gemacht sind, das Gehirn zu stimulieren. Es geht dabei nicht um das Medium an sich, sondern um die Inhalte, die man sieht. Diese sind so aufgebaut, dass sie sehr viele suchterzeugende Mechanismen beinhalten und sehr stimulierend aufgebaut sind.

Wenn ein sehr junges Gehirn schon sehr oft so viel Stimulation erhält, kann man davon ausgehen, dass es sich dementsprechend anpasst und formt, was auch nachvollziehbar ist. Wenn ein solches Gehirn diese Art von Input bekommt, könnte man vermuten – das müsste wissenschaftlich noch durch Langzeitstudien belegt werden –, dass das auch etwas mit der Aufmerksamkeitsspanne und mit der Verarbeitung der Informationen macht und dass dies Einfluss auf das Ausmaß an Stimulation hat, die dafür benötigt wird, um etwas ansprechend und interessant zu finden. Bei Erwachsenen kann man im Privatbereich zum Beispiel sehen, wie viele Menschen mittlerweile mit einem Smartphone vor dem Fernseher sitzen, weil das eigentliche Fernsehen nicht mehr ausreicht und man noch zusätzlich etwas braucht.

Ich denke in jedem Fall, dass es Auswirkungen gibt. Aber ich bin, wie gesagt, keine Neuropsychologin und mache keine entsprechende Forschung. Ich kann nur sagen, dass man diesbezüglich auch im Bereich von Mediensucht Veränderungen sieht.

Dr. Friederike Siller (TH Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften): Ich spreche zu Ihnen als Professorin für Medienpädagogik. Digitale Medien gehören längst zur Lebensrealität junger Menschen. Das heißt, es ist keine Frage, ob wir Kinder und Jugendliche beim Aufwachsen mit Medien begleiten, sondern wir alle müssen uns die Frage stellen, wie wir sie begleiten. Schulen sind dafür der zentrale oder ein sehr wichtiger zentraler Ort. Insofern sollten wir wissen, was wir dort tun.

Ich bin sehr dankbar, dass die Diskussion hier in NRW recht moderat läuft und dass die Frage nach dem Handyverbot nicht als eine Ja-Nein-Frage formuliert wird. Das sollte sie auch nicht, weil das der Komplexität des Themas nicht gerecht wird. Wenn wir über solche Verbotsdebatten sprechen, senden wir damit auch eine Botschaft an junge Menschen: Liebe junge Leute, digitale Geräte sehen wir nicht gerne in euren Händen, sie sind gefährlich, und wir trauen euch auch nicht zu, verantwortungsvoll damit umzugehen. – Das schafft kein Vertrauen, sondern wir verunsichern genau die jungen Menschen, die wir stärken wollen.

Brauchen wir digitale Medien oder geht das nicht auch analog? – Es geht um die Zukunft junger Menschen hier in diesem Bundesland. Es geht darum, wie wir sie befähigen wollen, in unserer Gesellschaft klarzukommen. Es geht also um die Gegenwart, und es geht um die Zukunft. Wir sollten wissen, was wir tun, und wir sollten systematisch dabei vorgehen.

Ich wurde angesprochen auf Lernräume, Schulhöfe, eine anregende Gestaltung vor Ort, im Lokalen, an den Schulen. – Das unterstütze ich nachdrücklich. Wir brauchen anregendere Schulhöfe, und die sollten auch im Analogen funktionieren. Das ist sehr wichtig, und da ist sehr viel Luft nach oben.

Wir haben jetzt schon viel über Social Media gesprochen, über die Risiken und die Fragen, die im Moment auch im politischen Raum mitschwingen. Wir haben es übrigens auch mit KI zu tun, künstlicher Intelligenz. Wir können im Moment live dabei zusehen, wie KI-Entwicklung im Leben junger Menschen ankommt. Das ist ein Prozess, der jetzt gerade stattfindet. Um es einmal positiv zu wenden: Wir haben jetzt in der Bildungspolitik neue Chancen, es gut zu machen und darauf zu achten, wie wir KI im kindlichen, jugendlichen Kontext oder im Kontext von Pädagogik und Bildung einbringen.

Da können wir vielleicht einiges, was wir im Kontext von Social Media falsch gemacht haben, besser machen. Insofern käme für mich bei der Frage nach anregender Schulhofgestaltung oder anregenden Lernräume an Schulen noch hinzu: Können wir anregende Orte für die Entwicklung von Medienkompetenz, von KI-bezogenen Medienkompetenzen an den Schulen schaffen?

Ein wichtiger Punkt für uns in der Medienpädagogik ist der Aspekt der Reflexionsfähigkeit, der Urteilskraft, aber eben auch der Punkt der Mediengestaltung, das heißt, dass wir Medien nicht nur konsumieren, sondern auch aktivierend mit Medien umgehen,

mit ihnen etwas gestalten. Über KI-Labore, Medienwerkstätten etc. könnten wir Schulen besser machen, und dafür wäre meines Erachtens jetzt der richtige Zeitpunkt, wenn wir über Investitionen reden.

Was sind gute Ansätze, wenn es darum geht, Kinder an digitale Medien heranzuführen? – Eine wichtige Erkenntnis, die man erst einmal sacken lassen muss, ist, dass wir mit Medienbildung nicht an weiterführenden Schulen anfangen können. Smartphones landen schon in der Grundschulzeit in den Händen von Kindern, entsprechend muss man Eltern, Lehrkräfte und Sorgeberechtigte heranführen.

Das heißt, man muss man auch in der Heranführung von Eltern, von Sorgeberechtigten, von Lehrkräften entsprechend nach Runden rechnen und die Frage stellen, ab wann wir damit beginnen müssen. Dafür braucht man keine Tablet-Klasse; Kinder müssen nicht in den Tools geschult werden, sondern Medienkompetenzförderung kann auch im Analogen stattfinden.

Wichtig ist, dass junge Menschen, in dem Fall Kinder, herangeführt werden. Das geht über Grundschulen hinaus und betrifft auch Kitas und die sehr frühe Medienbildung. Auch das muss in der Medienkette entsprechend berücksichtigt werden.

Familien kann man im Kontext von Kitas erreichen. Das sind gute Orte, um niedrigschwellige Formate zu entwickeln, die Eltern und Sorgeberechtigte ansprechen, sei es in einer Alltagssituation – das Kind wird gebracht oder abgeholt –, sei es in anderen Formaten der Ansprache. Ich fände es gut, wenn der Scheinwerfer schon in der frühen Kindheit auf die Familienansprache gerichtet werden würde.

Dr. Niels Brüggen (JFF – Jugend Film Fernsehen *[per Video zugeschaltet]***):** Auch von mir ein herzliches Dankeschön für die Einladung und die Möglichkeit, hier ein Statement einbringen zu können. Ich komme vom JFF-Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. Unser Träger ist der Verein Jugend Film Fernsehen. Bei seiner Gründung vor 75 Jahren waren Film und Fernsehen noch die zentralen Medien.

Mittlerweile befassen wir uns in Forschung und Praxis mit dem Medienhandeln von Kindern und Jugendlichen, bei denen ganz unterschiedliche und auch die digitalen Medien heute alltäglich verankert sind. Wir betrachten einerseits, wo darin Potenziale für ihre Lebensführung liegen und wie sie unterstützt werden können, und andererseits auch die Herausforderungen, die sich darin stellen und wie Kinder und Jugendliche unterstützt werden können, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Ich selbst bin im JFF für die Abteilung „Forschung“ zuständig und würde die an mich gerichteten Fragen vornehmlich aus dieser Perspektive heraus beantworten.

Zur Elternarbeit möchte ich ergänzen, dass wir aus Studien wissen, dass Eltern sich grundsätzlich in der Verantwortung sehen, ihre Kinder zu begleiten. Sie kennen aber unterschiedliche Möglichkeiten und Handlungsstrategien, dies in die Praxis umzusetzen. Sie haben Sorgen bezüglich des Medienhandelns ihrer Kinder.

Wir haben gehört, dass es bei Elternabenden teilweise Vorträge gibt, die vornehmlich Probleme skizzieren. Das ist aber gar nicht unbedingt das, wofür man Eltern neu sensibilisieren muss. Die Frage, die sich Eltern stellt und bei der eine Herausforderung

oder Überforderung gegebenenfalls entstehen kann, ist, wie man damit umgeht. Es sollte das Ziel sein, die Handlungsfähigkeit der Eltern zu stärken und nicht Angst bei ihnen zu schüren.

Die Schule ist ein sehr wichtiger Kontaktpunkt mit Eltern. Gleichzeitig ist Schule gerade im Kontakt mit Lehrkräften ein Ort der Bewertung, wo solche Ambivalenzen, wie wir sie vorhin gehört haben, mit Medienhandeln in Verbindung stehen. Wir sehen, dass Eltern solche Ambivalenzen mitbringen oder auch Sorgen und Schuldgefühle bezüglich der eigenen Medienerziehung haben.

Das ist nicht so einfach in der Schule oder im Schulkontext zu thematisieren. Daher wäre es wichtig, auch andere Akteure einzubeziehen, mit denen jenseits dieses Bewertungsverhältnisses, das Schule einfach mitbringt, auch für Eltern, ein Austausch stattfinden kann. Es ist sinnvoll, schon in der frühkindlichen Bildung bei der Kita anzufangen. Dort gibt es ganz andere Gesprächsanlässe und andere Formen, auch ein großes Interesse von Eltern. Da fängt in der Familie das Medienhandeln auch von kleinen Kindern schon an. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt.

Aber auch in der Kita gibt es viele Fachkräfte, die dem Medienumgang von Kindern eher skeptisch gegenüberstehen. Hier sehen wir bei den Fachkräften einen Aufklärungsbedarf bzw. die Notwendigkeit, sinnvolle Konzepte mit den Fachkräften zusammen zu entwickeln.

Welche Formen, die einen Austausch ermöglichen, brauchen Eltern? – Angesprochen wurden Elternabende, die die Möglichkeit bieten, viele Eltern zu erreichen. Was bei Elternabenden aber nicht passieren kann, ist ein Austausch zwischen Eltern über eigene Erziehungspraxis und funktionierende Lösungen in der Familie. Das wäre aber etwas, wofür man solche Formate oder auch den Kontaktort Schule nutzen könnte. Hier sind Kinder zusammen und können gegenseitig in Peer-Strukturen Wissen weitergeben. Das wären auch relevante Peer-Strukturen, in denen Eltern gestärkt werden könnten, um zum Beispiel Unterstützungs- oder Hilfesysteme für die Kinder zu etablieren. Wir wissen, dass zum Beispiel auch Unterbrechersoftware unter Umständen, wenn sie mit den Kindern gemeinsam konzipiert und eingesetzt wird, eine hilfreiche Ergänzung für das eigene Medienerziehungshandeln darstellt.

Eltern brauchen, jenseits der Pauschalisierung, dass Social Media schlecht ist, Hinweise, welche Angebote für die jeweilige Altersgruppe förderlich und sinnvoll sind. Es gibt verschiedene Informations- und Orientierungsangebote, die solche Inhalte zusammenstellen, zum Beispiel FLIMMO, das mittlerweile auch Inhalte von Streamingdiensten, Social-Media-Anbietern und Influencern bewertet, sodass Eltern einschätzen können, welche Kanäle gegebenenfalls interessant für die Altersgruppe sein könnten und als unproblematisch einzuschätzen sind.

Neben solchen Strukturen, die stark schulbezogen sind, wäre es noch wichtig, Strukturen der sozialpädagogischen Familienhilfe anzusprechen, um die Eltern, die aus bestimmten Gründen nicht zu den Elternabenden kommen – ich würde sie nicht als schwer erreichbar bezeichnen –, mit anderen Angeboten anzusprechen.

Matthias von Kielmansegg (Vodafone Stiftung Deutschland): Ich möchte erneut betonen, dass es für die Debatte wichtig ist zu differenzieren, ob es sich um Einfluss von Social Media und mobilen Endgeräten auf Kompetenzerwerb und klassisch-schulische Fähigkeiten bezieht oder ob es sich auf psychoemotionales Wohlbefinden im allgemeinen Leben bezieht. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, und die Instrumente, mit denen man ihnen begegnet, sind meines Erachtens auch unterschiedlich zu bewerten.

Ich teile die Auffassung, dass das, was wir in Schweden gesehen haben, keineswegs ein allgemeiner Rollback ist. Gemessen an dem, was in Deutschland Praxis ist, war Schweden sehr viel weiter fortgeschritten, vor allen Dingen in den Grundschulen. Schweden dreht das jetzt ein Stück zurück und landet, was die digitale Verwendung angeht, immer noch vor dem Durchschnitt in Deutschland. Das Besondere an der Karolinska-Studie ist, dass zum ersten Mal die Kinder- und Jugendpsychologie, die Medizin und die Jugendhilfe und nicht nur die pädagogische Seite systematisch auf die Situation geschaut haben.

Zur Frage einheitlicher oder schulbezogener Regeln: Wir stellen fest, dass 60 % der befragten Kinder sagen, dass sie ein Handyverbot für sinnvoll erachten. Zudem wissen wir, dass Jugendliche ab dem Alter 15, 16, 17, 18 anfangen, ihr eigenes Verhalten im Alter von 12 oder 13 Jahren ziemlich kritisch zu sehen. Wenn man mit ihnen offen redet, geben sie auch zu, dass nicht immer gut war, was sie gemacht haben. Man hört häufig genug Sätze wie „Ich war auch dankbar, wenn mir Grenzen gesetzt wurden."

Das ist für die Landespolitik eine komfortable Situation, weil sowohl ein allgemeines Verbot durchsetzbar wäre und von der Schülerschaft getragen werden würde, als auch eines, das bei den Schulen selbst gefasst wird.

Die Wahrnehmung der Schülerinnen und Schüler ist wichtig, denn davon hängt die Wirksamkeit ab. Wenn wir dann feststellen, dass bei ungefähr 80 % der Schülerinnen und Schüler die Wahrnehmung besteht, dass es bereits Regeln gibt, dann sind die allermeisten Schulen offensichtlich in der Lage und auch willens gewesen, diesbezüglich voranzuschreiten.

Solange eine Schule selber in der Lage ist, solche Regeln zu finden und damit automatisch die Schüler und die Eltern einbezieht, hat das in der Regel eine größere Wirksamkeit, weil ein Stück Selbstverpflichtung dabei ist. Das ändert aber nichts daran, dass am Ende die bildungspolitische Verantwortung bei der Bildungspolitik der Landesregierung und beim Landtag bleibt.

Ich denke schon, dass es Regeln braucht, die zumindest Auffangregeln sind. Da lassen sich scharfe Instrumente denken, also eine Landesregelung mit Abweichungsmöglichkeit, oder etwas weichere Regeln: Es bleibt den Schulen überlassen, aber es muss innerhalb einer bestimmten Zeit zumindest ein Mindeststandard erreicht werden, ansonsten, wenn Schulen dem ausweichen, greift man ein.

Es gibt auch die Situation, dass solche Diskussionen Ärger und Unruhe und Streit an die Schulen tragen. Es wird nie eine einheitliche Meinung geben, und es gibt Schulen, die so belastet sind und genug mit dem täglichen Leben zu kämpfen haben, dass sie

sich scheuen, diesen Kampf auch noch aufzunehmen. Deswegen wäre vielleicht eine Auffangregelung sinnvoll.

Wenn es darum geht, wie wir zu einer besseren Unterstützung der Kinder und Jugendlichen im sozio-emotionalen Bereich kommen, dann ist wichtig, dass wir die Schulen in ihrem Kernbestand – Lehrpersonal, Schulleitung – nicht überfordern. So wünschenswert es wäre, dass sie das auch noch können, ist unsere Erfahrung, dass alles, was in der Gesellschaft nicht richtig läuft, auf sie herniederprasselt. Es wäre zwar eine Idealvorstellung, die Aufgabe den Schulen zu überlassen, aber in der Praxis möchte ich davor warnen, die Schulen zu überlasten. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie sich dieser Aufgabe entziehen können.

Es wird Koordinatoren oder Ansprechpartner an den Schulen geben müssen. Wahrscheinlich wäre es sinnvoll, dass die Digitalbeauftragten an den Schulen des Landes ausdrücklich auch in dieser Frage geschult und sensibilisiert werden. Aber es wird entscheidend sein, dass Kräfte jenseits des klassischen kernpädagogischen Personals mobilisiert werden. Wir haben gute Erfahrungen gemacht mit Schülerarbeit unter sich, mit Medien-Scouts aus der Oberstufe. Schüler gehen untereinander teilweise offener und vertrauensvoller damit um, weil dabei kein Autoritätsverhältnis besteht.

Die Jugendhilfe ist schon angesprochen worden. Im Übrigen wäre es meine Anregung, sich diejenigen anzuschauen, die in Social Media selber Inhalte schaffend unterwegs sind, Creatoren und Influencer. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Es gibt durchaus einige, die sehen, dass sie diesbezüglich Verantwortung tragen.

Wir machen selber Kampagnen in den Social Media, die sich um das Verantwortungsverhalten in den Social Media drehen: Wie gehe ich mit Daten um, mit eigenen, mit fremden, mit fremden Kinderbildern? Wann schalte ich das einmal aus und nutze stattdessen die Kreativität und die Bereitschaft von etlichen, die in diesen Social Media selber unterwegs sind?

Wir erreichen mit Acht-Wochen-Kampagnen vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland. Das ist ungefähr ein Viertel aller Jugendlichen in Deutschland. Ungefähr ein Drittel von denen sagt: Wir haben das gesehen, wir haben das verstanden, das hat uns etwas gesagt, und wir haben auch irgendwie darauf reagiert. Wir haben das geteilt um mit unseren Freunden darüber gesprochen.

Ich will damit sagen: Es gibt Aufmerksamkeit und auch Bereitschaft. Man erreicht die Kinder auf genau dem Medium und in dem Augenblick, in dem sie unterwegs sind und sich die Frage stellen, ob sie sich dort noch wohlfühlen oder ob sie sich verantwortungsvoll benehmen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank. Vielleicht schaffen wir noch eine kurze zweite Runde, falls es noch Fragen gibt.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Von der geschätzten FDP-Kollegin kam der Hinweis, man solle auf die bestehenden Strukturen vertrauen und nicht neue einführen. Das ist ein

Klassiker, aber ich will kurz herleiten, woher der Gedanke in dem Antrag kam, ein eigenes Referat im Ministerium einzuführen.

Wir haben in der Vergangenheit TikTok-Challenges erlebt, die Auswirkungen auf junge Menschen hatten, aber bis das Ganze in der Schule und bei den Lehrkräften angekommen war, war schon wieder der nächste Trend auf Social Media unterwegs. Der Gedanke hinter diesem Ansatz im Antrag war, dass man irgendeine Instanz braucht, die das im Blick behält und die die Schulen rechtzeitig informiert.

Darum wäre meine Frage, welche Instanz das im jetzigen System sein könnte. Wir haben eine Menge Expertise, aber die muss von den Schulen auch abgefragt werden. Das ist keine Top-Down-Geschichte, bei der eine Anweisung kommt, auf etwas zu achten. Das müsste eher aus einem Ministerium, aus der Schulverwaltung oder dergleichen kommen. Falls es dort bereits Strukturen gibt, die das sinnvoll machen könnten, oder die das nach einer Erweiterung sinnvoll machen könnten, sind wir selbstverständlich für Alternativen offen.

Vielleicht geht diese Frage an die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz und an die Mediensuchtprävention, die diesbezüglich vielleicht Erfahrungen haben. Leider haben wir keine Lehrerinnen und Lehrer heute hier, sonst hätte ich sie direkt gefragt.

Die zweite Frage geht an den Städtetag bzw. an den Städte- und Gemeindebund, weil sie über die meisten Schulen verfügen. Inwieweit würden Sie es begrüßen, wenn die Lehrmittelfreiheit auch auf digitale Medien ausgeweitet werden würde? Was für Problemlagen entstehen vor Ort, wenn zum Beispiel Schulen Laptopklassen einrichten wollen, das aber aufgrund der mangelnden Lehrmittelfreiheit in diesem Bereich von den Eltern finanziert werden müsste?

Jens Kamieth (CDU): Wir haben gehört, welch große Bedeutung die Lehrkräfte haben, einerseits um Eltern zu aktivieren, zu den Elternsprechtagen zu kommen, andererseits aber auch um Kinder und Jugendliche weiterzubilden und zu sensibilisieren.

Im SPD-Antrag wird die Notwendigkeit zusätzlicher Fortbildungsangebote für Lehrkräfte in den Bereichen digitale Didaktik, Medienkompetenz, Medienreflexion etc. betont. Aber es bestehen schon entsprechende Angebote. Deswegen meine Frage an Frau Amelung, Frau Ehlert und Herrn Pauly: Welche bestehenden Ansätze haben sich in der Lehrkräftefortbildung zur digitalen Bildung in Nordrhein-Westfalen bereits bewährt? Wo sehen Sie noch konkretes Verbesserungspotenzial oder Anpassungsbedarf?

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich habe noch zwei anschließende Fragen. Die erste zum Thema „Handyverbot“ würde ich gerne an Frau Knabenschuh und an Herrn Dr. Brüggen richten. Herr Zorn hatte für die LVR-Förderschulen darauf hingewiesen, dass auch private Endgeräte entscheidend sein können, zum Beispiel im Bereich „Inklusion“, wo sie für die Schülerinnen und Schülern als Hilfsmittel unverzichtbar sein können. Aber es gibt noch weitere Argumente gegen dieses pauschale Handyverbot. Ein paar davon haben wir schon gehört. Sie beide sprechen sich auch dagegen aus.

Deswegen wollte ich Ihnen die Möglichkeit geben, die Frage zu beantworten, welche Spielräume Schulen aus Ihrer Sicht haben sollten, eigenverantwortlich über Regeln zur Nutzung digitaler Endgeräte zu entscheiden.

Meine zweite Frage möchte ich an Herrn Raunig und an Frau Knabenschuh stellen. Wie kann in den Schulen der angemessene Raum dafür geschaffen werden, dass die Schülerinnen und Schüler den Umgang mit Social Media und auch die kritische Aufarbeitung digitaler Inhalte lernen können? Wie kann das, was sie zum Beispiel in den Medien gesehen haben, in Schule aufgearbeitet werden? Was muss dafür getan werden? Müssen wir Curricula anpassen oder sehen Sie andere beziehungsweise weitere Maßnahmen?

Wenn ich es mir erlauben darf, Herr Vorsitzender: Frau Knabenschuh hat in der ersten Runde die Frage nach dem Elterntalk noch nicht beantwortet. Vielleicht könnte sie das noch tun.

Vorsitzende Wolfgang Jörg: Dann kommen wir zur Beantwortung und fangen mit dem Städtetag an.

Pia Amelung (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Die erste Frage ging in Richtung „Lehrmittelfreiheit“, auch im Hinblick auf Problemlagen in diesem Bereich. – Wir machen uns schon länger dafür stark, auch digitale Endgeräte in den Katalog der Lehrmittelfreiheit aufzunehmen, also § 96 Schulgesetz. Das Gleiche gilt für Software. Fragestellungen der Software haben in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auch der finanzielle Umfang hat extrem zugenommen. Dafür gibt es, Stand jetzt, keine Regelung.

In diesem Zusammenhang sei auch der Verweis auf § 79 Schulgesetz erlaubt: Wir haben aktuell eine Regelung, die nicht mehr dem Status quo in der aktuellen Situation entspricht. § 79 ist sehr viel älter, und wir haben auch im Zuge des Digitalpakts, im Zuge der Pandemie und auch im Zuge des Ankommens von KI in den Schulen keine Anpassung erlebt. Hier besteht aus unserer Sicht ein dringender Handlungsbedarf.

Wo können mögliche Problemlagen entstehen? – Sie haben das Beispiel Laptopklassen genannt, man kann das aber auch an anderen Beispielen festmachen. Zentraler Punkt – und damit auch wieder Ankerpunkt in § 79 – ist die Frage der Teilhabe und der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche, für alle Schülerinnen und Schüler in diesem Land, und das bedeutet vor allem eine adäquate Ausstattung.

Wie diese Ausstattung aussieht, hängt von unterschiedlichen pädagogischen Fragestellungen in den Primarschulen und den weiterführenden Schulen ab. Auch diesbezüglich bedarf es dringend eines differenzierten Blicks und die entsprechende finanzielle Ausstattung.

Zur Frage der zusätzlichen Fortbildungen für Lehrkräfte: Die Lehrkräftefortbildung ist nicht unser Kerngeschäft, aber es braucht Freiräume für Lehrkräfte, damit sie diese Fortbildungen wahrnehmen können. Technik folgt der Pädagogik heißt aber auch,

dass die Lehrkräfte in der Lage sein müssen, die Technik vor Ort an den Schulen anzuwenden.

Wir haben in NRW eine Support-Vereinbarung aus dem Jahr 2008. Der erste Teil, der auch Lehrkräfte betrifft, entspricht nicht mehr dem aktuellen Status quo. Wir haben heute sehr viel mehr an Technik, an Infrastruktur an den Schulen. Hier stellt sich die Frage, welcher Teil bei den Lehrkräften liegt und auch leistbar ist und welcher Teil aufseiten des Schulträgers liegt, Stichworte First-, Second- und Third-Level-Support.

Es könnte sinnvoll sein, Fortbildungen viel stärker an der Schnittstelle beispielsweise zwischen QUA-Lis und Schulträgern vorzunehmen und genau diesem Bereich zu verschmelzen und zu fragen, was das für Fortbildungen heißt, die eine optimale technische Grundlage mit einem klaren pädagogischen Ziel haben. Hier müssten Lösungen geschaffen werden, die sich stärker an den Bedarfen der Schulen und Lehrkräfte orientieren. Denn es sind nicht nur Lehrkräfte an den Schulen, sondern auch Schulsozialarbeitende, pädagogisches Personal und Personal aus den Ganztagesbereich. Auch bei ihnen stellt sich die Frage nach den digitalen Kompetenzen.

In der ersten Fragerunde ging es schon um die Rolle der Schulsozialarbeit, um die Beratung und Unterstützung der Schülerschaft, aber möglicherweise auch um die der Lehrkräfte. Entsprechend muss dort eine Kompetenz vorhanden sein. Das funktioniert aber nur, wenn es entsprechende Fortbildung gibt – mit einem ganzheitlichen Blick auf Schule als Lebensort für Kinder und Jugendliche.

Cora Ehlert (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Ich schließe mich den Ausführungen der Kollegin an. Sie hat richtig gesagt, dass es beim Thema „Lehrmittelfreiheit“ auch um Chancengerechtigkeit und Teilhabe geht. Gerade bei den Schülertablets werden viele Kommunen freiwillig aktiv. Sie statten die Schüler auf freiwilliger Basis aus, und es darf nicht von der Haushaltssituation der Kommunen abhängen, wie Schüler ausgestattet werden, sondern es muss sich an pädagogischen Fragen ausrichten.

Wenn man zu der Entscheidung kommt, dass Schülerinnen und Schüler ausgestattet werden sollen, dann muss das mit entsprechenden Mitteln hinterlegt sein. Doch diese fehlen, denn der Digitalpakt 2 ist noch nicht da. Auf den warten die Kommunen dringend; wir bekommen fast täglich Anrufe. Die Schülertablets, die im Umlauf sind, sind veraltet und zum Teil defekt. Wir brauchen jetzt Nachfolgemodelle, doch solange die Finanzierung nicht steht, steht das auf wackeligen Füßen.

Orion Raunig (Kinder- und Jugendrat NRW): Ihre Frage bezog sich darauf, inwieweit in Schulen der notwendige Raum geschaffen werden kann, um online gesehene Inhalte aufzuarbeiten. – Die Problematik ist, dass es dafür aktuell kein passendes Unterrichtsfach gibt, also macht man es in Deutsch oder in Geschichte, doch das passt beides nicht so richtig. Hierfür müssen neue Räume geschaffen werden.

Das Ganze muss auch regelmäßig stattfinden, getrennt vom Unterricht, weil neue, online konsumierte Inhalte unfassbar schnell dazukommen; man kommt fast nicht hinterher.

Es braucht aber Möglichkeiten, darüber zu sprechen. Am ehesten kann das im Nachmittagsbereich erfolgen, nach dem regulären Unterricht, und am besten auch nicht im Klassenverband, sondern in kleineren Gruppen, in denen das aufgearbeitet werden kann.

Es stellt sich auch die Frage, wer das machen soll. – Es müssen in gewisser Weise Vertrauenspersonen für die Schülerinnen und Schüler sein. Das können Lehrkräfte sein, müssen aber nicht. Möglich wären auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Unterstützend eingesetzt werden könnten auch Schülerinnen und Schüler aus höheren Jahrgängen, die bereits mehr Erfahrung mit sozialen Medien gesammelt haben und die entsprechend geschult sind.

Wichtig ist auch, dass nicht eine Lehrkraft für 30 Schülerinnen und Schüler zuständig sein kann, weil es hier um individuelle Fragen geht. Auch bei Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern müsste darauf geachtet werden, denn nur wenn ein individueller Bezug der Schülerinnen und Schüler zu den entsprechenden Personen besteht, kann auch eine individuelle Beratung erfolgen.

Silke Knabenschuh (Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen): Erst einmal zu der Frage, ob eine zusätzliche Struktur geschaffen werden müsste, um dieser Schnelllebigkeit von Medienphänomenen, auch von gefährlichen Challenges, gerecht zu werden. – Wir als AJS sind schon an diesem Thema dran; wir schulen und sensibilisieren Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zu der Thematik, vornehmlich Schulsozialarbeitende, OGS-Mitarbeitende oder Menschen, die in Beratungsstellen arbeiten.

Wir können sehr aktuell zu einzelnen Phänomenen, auch Gewaltphänomenen, die in Social Media oder in Games stattfinden, Angebote in Form von Fachtagungen oder Online-Seminaren machen. Auch bringen wir Broschüren oder Merkblätter zu diversen Themen heraus. Aber Lehrkräfte sind nicht unsere originäre Zielgruppe.

Wir haben auch eine sehr enge Kooperation mit der Landespräventionsstelle „Gewalt und Cybergewalt an Schulen in NRW“, die in Düsseldorf ansässig ist. Sie machen bereits schulische Beratung, sind angedockt an das Schulministerium und setzen auch Präventionsprogramme um, sind allerdings nicht sehr gut besetzt. Ich könnte ich mir vorstellen, dass das eine passende Stelle sein könnte.

Zu den Handyverboten: Das ist aus unserer Sicht viel zu kurz gedacht, weil es die gesamte Mediennutzung sehr negativ framed und möglicherweise auch dazu führt, dass das Thema im pädagogischen Zusammenhang wieder ausgeblendet wird, dass also, wie es lange der Fall war, die Problematik auf den Nachmittagsbereich geschoben wird und Cybermobbing, Cybergrooming und ähnliche gefährliche Phänomene nicht im Schulkontext besprochen werden.

Außerdem birgt eine solche Tabuisierung oder Verbotsmentalität die Gefahr, dass bei Betroffenen möglicherweise Schameffekte erhöht werden und Kinder und Jugendliche, die schlechte Erfahrungen im digitalen Raum machen, sich nicht trauen, Hilfe zu holen. Sie haben ohnehin schon Schuldgefühle, und dann gibt es noch ein Verbot.

Dann trauen sie sich erst recht nicht, mit Erwachsenen dazu ins Gespräch zu kommen. Also halten wir das für kontraproduktiv.

Vielmehr – aber das ist heute nicht das Thema – müsste durchgesetzt werden, dass Anbieter mehr reguliert werden, dass also der DSA effektiv umgesetzt wird. Ich glaube, da ist noch Luft nach oben.

Wie könnte eine kritische Aufarbeitung in der Schule gelingen? – Unser Ansatz beginnt bei der eigenen Haltung: Wie gehe ich auf Kinder und Jugendliche zu? – Wir könnten diesbezüglich sehr viel wohlwollender sein, auch was ihre Mediennutzung angeht. Es gibt seit jeher eine Generationenkluft, dass immer die eigene Jugendkultur als die wertigere betrachtet wird. Hier wäre es, so einfach das auch klingt, wichtig, dass sich Fachkräfte auch für Inhalte, die dort konsumiert werden, interessieren und dass sie sich mit den Räumen, in denen Jugendkultur stattfindet, auseinandersetzen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Wir müssen uns immer wieder fragen, wie Snapchat, Instagram, TikTok und Co. funktionieren und welche Funktionalitäten sie haben. Damit meine ich nicht, dass jeder neueste Trend bekannt sein muss. Aber zumindest sollte man wissen, welche Funktionalitäten es dort gibt und wie diese Räume aussehen. Dann kann ich im Falle einer Gefahr oder Betroffenheit viel besser einordnen, wie zu handeln ist bzw. wie man zum Beispiel durch technische Schutzmechanismen vorbeugen kann.

Wie technischer Schutz funktioniert, ist etwas, dass wir Eltern immer mit an die Hand geben, und das ist ein sehr komplexes Thema. Bei jeder App, jeder Konsole und jedem einzelnen Gerät sind die Kindersicherungen immer anders gestaltet. Da am Ball zu bleiben, ist sehr schwierig. Das ist etwas, das unbedingt niedrigschwellig vermittelt werden muss.

Sie sprachen den Elterntalk an: Den schaffen wir schon ziemlich gut. Im privaten Rahmen werden dort Eltern versammelt, die mit anderen Eltern über Medien und den Medienalltag in der Familie sprechen. Das Schöne daran ist, dass wir damit genau die Eltern erreichen, die nicht zum Elternabend kommen. Die meisten Talks finden auch in einer anderen Sprache als Deutsch statt; das ist auch etwas Besonderes.

Es wäre denkbar, Familiengrundschulzentren noch mehr einzubeziehen, solche Formen von Eltern-Peer-to-Peer-Arbeit zu machen, und dafür zu sorgen, dass sich Eltern miteinander über den Medienalltag in der Familie unterhalten.

Andreas Pauly (Mediensuchtprävention NRW): Ob Handyverbot oder Mediensucht – ich denke, dass eine Fachstelle oder eine Landesfachstelle oder ein Referat im Bildungsministerium schnelleres Handeln ermöglicht. Es geht darum, auf neue Phänomene schnell zu reagieren, und bis das in Curricula ist, wird das schwierig.

Bei unserer Projektentwicklung ist eine hohe Partizipation der Zielgruppen wichtig, also dass Kinder und Jugendliche auch mitreden können, ob das überhaupt das Thema ist, von dem wir sprechen. Ein Lehrer hat mir gestern gesagt: Wenn wir das Thema aufgenommen haben, ist es für die Jugendlichen schon wieder obsolet.

Wir haben beispielsweise ein Projekt, das auch vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mitfinanziert wird. Letzte Woche hatten wir dazu einen Fachtag mit 80 Fachkräften. Das Projekt heißt „NETPOWER: Mädchen stark im Netz“. Das schafft nicht nur ein Bewusstsein für Mediensucht, sondern bietet einen Austausch über Sachen, die sie im Netz erleben; Schulsozialarbeitende oder Eltern können so eine Haltung bekommen, wie sie mit diesen Themen umgehen. Ich finde es also sinnvoll, in diesem Bereich eigene Strukturen zu schaffen.

Zur Frage, welche bewährten Konzepte es gibt: Wir hatten im letzten Jahr viele Lehrer-Fortbildungen mit wenig Ressourcen gemacht. Wir haben insgesamt 3.000 Menschen erreicht, unter anderem mit dem Net-Piloten-Projekt, das von der BIÖG, früher BZgA, in Bonn mitentwickelt wurde. Das ist ein Projekt, in dem ein Peer-Ansatz ähnlich wie bei den Medien-Scouts, nur für den Schwerpunkt „Mediensucht“, ermöglicht wird.

Es bedarf Ressourcen, auch für neue Projekte außerhalb der Schule. Wir sprechen heute zwar hauptsächlich für die Schule, aber ich habe eben schon einmal die Familienhilfe erwähnt. Auch in der Kita oder in Berufskollegs müssten Ansätze für die Behandlung der Themen „Medienkompetenz“, „Medienbildung“ und „Mediensuchtprävention“ geschaffen werden, um mehr Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen zu erreichen und um ihnen Sicherheit zu geben, wie sie mit diesen Themen umgehen können.

An die Bezirksregierungen und Bildungsministerien gerichtet: Vielleicht müsste auch an manchen Stellen der Lehrstoff verringert werden. KI wurde schon erwähnt, und Kinder müssen heute eher problemlösungsorientiert geschult werden. Ihre Lebenskompetenzen müssen gestärkt werden; sie müssen wissen, wie viel ein Stück Brot oder ein Pfund Butter kostet. Es gibt tolle Sachen an den Schulen, wie Jugendliche ihr Viertel erkunden, wie sie Herausforderungen meistern, was sie vielleicht später im Leben gebrauchen können. Deswegen denke ich, muss es mehr Raum für Erfahrung geben, um diese Resilienzen zu fördern.

Dr. Niels Brüggen (JFF – Jugend Film Fernsehen *[per Video zugeschaltet]***):** Ich teile die Antwort von Frau Knabenschuh und würde nur einen Punkt ergänzen wollen: Ich finde den Titel „Mehr Schutz- und Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche ermöglichen“ sehr positiv. Der zweite Teil lautete „Medialen Schutzraum an Schulen schaffen“. Meine Sorge ist, dass, wenn es eine alleinige Verbotsrichtlinie gibt, die Entwicklungsräume zu kurz kommen. Gut wäre, wenn erst einmal gemeinsame Regeln gesetzt und die Schulen aufgefordert werden würden, ihren Entwicklungsraum zu erkennen und diesen auszuformulieren.

Das wäre eine notwendige Ergänzung zu einem Verbot, damit nicht das passiert, was vorhin skizziert wurde, dass nämlich durch das Verbot Themen ausgegrenzt werden. Diese Ergänzung würde auch einen Spielraum für die Schulen bedeuten.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank an alle Sachverständigen. Ich denke, Sie haben unsere Erkenntnislagen sehr verbreitert.

Ich schließe die Sitzung und zitiere den schönen Spruch: Das Schlimmste an der Jugend ist, dass man selber nicht mehr dabei ist. – Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

Anlage
25.11.2025/26.11.2025

Stand: 25.11.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
und des Ausschusses für Schule und Bildung

Mehr Schutz- und Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche – Medialen Schutzraum an Schulen schaffen!
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/13809

am Dienstag, dem 4. November 2025
13.30 bis (max.) 15.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung-nahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände* Köln		**18/2991**
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	**Pia Amelung**	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	**Cora Ehlert**	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	**Dr. Kai Zentara**	**18/2982**
Landschaftsverband Rheinland Köln	**Gerhard Zorn**	**18/2986**
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	**Marlies Silies**	
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	*Keine Teilnahme*	**---**
Landesjugendring NRW Düsseldorf	*Keine Teilnahme*	**18/2985**
Kinder- und Jugendrat NRW Münster	**Orion Raunig**	**18/3110**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellung-nahme
Landeselternbeirat NRW Düsseldorf	*keine Teilnahme*	**18/2996**
Landesverband Kindertagespflege NRW e.V. Meerbusch	*keine Teilnahme*	**---**
AJS / Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e. V. Köln	**Silke Knabenschuh**	**18/2994**
Mediensuchtprävention NRW Andreas Pauly (Dipl. Sozialpädagoge) Referent für Mediensuchtprävention Köln	**Andreas Pauly**	**18/2989**
Professor Dr. Eik-Henning Tappe GMK - Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. Bielefeld	**Professor Dr. Eik-Henning Tappe**	**18/2993**
Professorin Dr. Katharina Scheiter Universität Potsdam Professur für Digitale Bildung Potsdam	**Professorin Dr. Katharina Scheiter** *per Videokonferenz*	**18/2995**
Ira-Katharina Petras Klinische Psychologin Uniklinik RWTH Aachen Leitung AG Digitale Medizin Aachen	**Ira-Katharina Petras**	**18/2987**
Professorin Dr. Friederike Siller Angewandte Sozialwissenschaften Institut für Medienforschung und Medien-pädagogik (IMM) Köln	**Dr. Friederike Siller**	**18/2988**
JFF – Jugend Film Fernsehen e. V. Dr. Niels Brüggen Leiter Abt. Forschung München	**Dr. Niels Brüggen** *per Videokonferenz*	**18/3114**
Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH Berlin	**Matthias von Kielmansegg**	**--**